



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/253 - 31.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Frankreich und die Europa-Verfassung	S. 1
Reisebericht aus Jugoslawien	S. 3
Die Aktion in Niedersachsen gegen die SRP	S. 6
Eigenartige Förderung des Kapitalmarktes	S. 8
EVG-Begeisterung mit Vorbehalt	S. 9
<u>Anhang: Käthe Strobel: Der Kampf um den Butterpreis</u>	

Unbehagen in Frankreich

Von Fritz Erler, MdB.

Der französische Sozialistenführer Guy Mollet ist aus dem Verfassungsausschuss, der von der aus Mitgliedern des Montanparlamentes bestehenden privaten Spezialversammlung gebildet wurde, ausgetreten. Mollet tritt für eine demokratische Kontrollinstanz für die Montanunion und die beabsichtigte Europäische Verteidigungsgemeinschaft ein. Den Plan einer übernationalen politischen Behörde mit wesentlich weiterreichenden Befugnissen lehnt er ab. Er befürchtet, dass eine solche Instanz zu einer weiteren Spaltung Europas, zu einem Abdrängen Englands und der skandinavischen Staaten vom Kontinent führt.

Damit wird sichtbar, dass diese alte sozialdemokratische Befürchtung auch von anderen politischen Kräften geteilt wird. Gewiss sind die Gründe dafür verschieden. Ohne England und Skandinavien kann es nach seiner Meinung keinen Ausgleich des deutschen Gewichtes in Europa geben. Die französische Zeitung "Le Monde" bezeichnet es als das grundlegende Problem, "die Dynamik und den Einfluss Deutschlands in Europa auszugleichen. Die Schaffung einer europäischen politischen Behörde würde dieses Problem zweifellos nicht lösen. Das ist der Sinn der Demission Guy Mollets". Aufschlussreich ist hierzu eine Bemerkung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 28.d.M., wonach die Zustimmung zu deutschen L

visionen nach Pariser Auffassung Zeit habe und genau so auch die Aufgabe von nationalen Souveränitäten zugunsten der übernationalen Gemeinschaft. Erst im Frühjahr würde sich die französische Nationalversammlung mit den Vorträgen befassen. Der kalte Krieg verlange vorerst nur politische Lösungen und keine militärischen.

Diese Erkenntnis kommt etwas spät. Es wäre richtig gewesen, sich vor der Aushandlung der Militärverträge mit Deutschland gründlicher mit den Methoden der Führung des kalten Krieges zu befassen. Dann wären keine Verträge zustande gekommen, die die Stellung des Westens im kalten Krieg an der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Front so erschüttern, wie es die jetzt zur Ratifizierung anstehenden Verträge tun. In Frankreich scheint man das wenigstens zum Teil begriffen zu haben. Für die Bundesregierung und ihre Koalition trifft das nicht zu. Sonst wäre das leichtfertige Drängen nach überstürztem Abschluss der Ausschussberatungen unverständlich, mit dem eine Ratifizierung der Verträge noch im November erzwungen werden soll, obwohl noch schwerwiegende Fragen nicht einwandfrei geklärt sind.

Auch aus anderen Motiven wächst die Gegnerschaft gegen die deutsche Wiederbewaffnung bei unserem westlichen Nachbarn. Für viele Franzosen ist das Auftauchen von deutschen Soldaten in jeder Form ein Alpdruck. Nach der Geschichte der letzten Jahrzehnte ist das verständlich. Unter diesen Umständen sucht Frankreich für die Zustimmung zu den Vertragswerken noch ein Maximum an eigenen Erfolgen einzuhandeln. Deshalb das Bemühen, in Frankreich möglichst spät zu ratifizieren, die deutsche Ratifizierung aber möglichst früh über die Bühne gehen zu lassen. In dem Zeitraum, in dem sich Deutschland politisch gebunden hat, Frankreich aber noch nicht, bestehen die größten Chancen für die französische Politik, von den Bundesgenossen noch Sondervorteile zu erwirken, die voraussichtlich auf dem Gebiet der Ausstattung der französischen Verbände, der Hilfe für den Krieg in Indochina, der über die Militärhilfe hinausgehenden Wirtschaftshilfe, der Unterstützung der Westmächte bei der kalten Annexion der Saar, dem Kurztreten gegenüber der französischen Afrikapolitik und ähnlichen Fragen liegen dürften. Wir geben der "Frankfurter Allgemeinen" recht, wenn sie warnend meint, dass sich vorerst bei allen politischen Lösungen Frankreichs Konzeption eher durchsetzen werde als das deutsche Interesse.

Mit Mollets Ausscheiden sind die Chancen für das kleineuropäische Verfassungsprojekt stark gesunken. Die SPD hat sich immer dafür ausgesprochen, ganz Europa, mit England und Skandinavien, zu stärkerer Einheit zusammenzuführen, auch wenn die Formen dann lockerer sein müssen. Warum werden die seit langen vorgezeichneten Wege zur Währungsunion, über die Präferenzzölle zur Zollunion, über die Angleichung der Sozialgesetzgebung zur Freizügigkeit von Menschen, Waren und Nachrichten nicht mit mindestens der gleichen Energie beschritten, wie man "europäische" Konstruktionen erfindet, um das deutsche Wirtschafts- und Menschenpotential der Verfügungsgewalt anderer zu unterwerfen.

Bilder und Bildungen in Jugoslawien

Eindrücke einer dreiwöchigen Journalistenfahrt von Josef Tietz

Der Verfasser hat mit einer 15köpfigen deutschen Presse-delegation an einer dreiwöchigen Reise quer durch Jugoslawien teilgenommen, die auf Einladung des dortigen Journalistenverbandes erfolgte.

Seitdem der Eiserner Vorhang zwischen Jugoslawien und dem Westen gefallen ist, haben die angrenzenden westlichen Länder wieder näheren Kontakt mit dem Lande gewonnen. Die konkreteste Beziehung hat in den Handelsverträgen ihren Ausdruck gefunden. Jugoslawien muß exportieren, kann es und wird es künftig gesteigert tun müssen, um seinen vielfachen, schwierigen Aufgaben gerecht werden zu können.

Jugoslawien ist mit einer Bodenfläche von 260000 km² der größte Staat auf dem Balkan, bewohnt von 16,5 Millionen Menschen. Aus fünf südslawischen Völkern, Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedonier und Montenegriner, setzt sich die föderative Volksrepublik Jugoslawien zusammen. Sie weist starke nationale Minderheiten auf, davon allein in der Wojwodina 400000 Ungarn. Am stärksten ist die Zahl der einst so starken deutschen Minderheit dezimiert worden. In der Wojwodina lebten bis vor dem letzten Weltkrieg über 330000 Deutsche, heute wird ihre Zahl von den dort regierenden Männern mit 20000 angegeben. Ernsthafte Differenzen zeigen sich in Triest und an der albanischen Grenze. Auf der einen Seite mit dem Ostblock und auf der anderen mit Italien,

Dürre erschüttert alle Wirtschaftspläne

"Wir atmen wieder auf", hörten wir wiederholt sagen. Seit zwei Jahren geht es aufwärts, steigt allmählich der Lebensstandard der Bevölkerung, davon überzeugten wir uns. In den Läden gibt es wieder alles zu kaufen. Die Rationalisierung der Lebensmittel ist schon zu Beginn des Jahres 1951 beendet worden. Schwere Sorgen machten die trockenen Jahre 1950 und 1952. Sie erschütterten alle Pläne und Berechnungen. Der Schaden ist größer als die bisher vom Ausland gewährte Hilfe zum Aufbau der Landwirtschaft, der Industrie und der Verteidigung.

Wir hatten Gelegenheit, eine Reihe von Betrieben zu besichtigen und mit den Verwaltungsräten zu sprechen. Die Generalplanung ist aufgegeben worden und an ihrer Stelle eine Art Syndikalisierung der Betriebe erfolgt. Der Arbeiter wird mit Eintritt in den Betrieb Mitbesitzer und ist an seinem Risiko nur insoweit beteiligt, als ihm auch bei Unterbilanz 80 Prozent seines Lohnes gesichert sind, die der Staat aus einem Ausgleichsfond zahlt. Die Abgaben der Betriebe in den Staatsfond, aus dem alle Verpflichtung des Staates bestritten werden, werden als Gesellschaftsbeitrag bezeichnet. In ihm sind Steuer und Sozialabgaben einbezogen. Im größeren Rahmen einer Planung der Grundstoff- und Schlüsselindustrie haben die Betriebe freie Entfaltungsmöglichkeit, sowohl in der Produktion wie auch im Absatz

ihrer Erzeugnisse,

Löhne und Gehälter sind stark nivelliert worden. Von 5 bis 9000 Dinar verdient der Arbeiter und bis zu 20000 Dinar die leitenden Kräfte der Betriebe. Verglichen mit der deutschen Kaufkraft ist dies etwa Zweidrittel des Realeinkommens in Deutschland. Denn, wenn auch die Lebensmittel nicht teurer sind als in Deutschland, alle Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens, alle Industrieerzeugnisse kosten durchweg das Zwei- und Dreifache im Vergleich zu Deutschland. Ein eigenes Auto gibt es selten, dafür ist der Dienstwagen ein stehender Begriff.

Großzügige Kinderfürsorge

Es lohnt sich in Jugoslawien viele Kinder zu haben. Es gibt für jedes Kind 3000 Dinar monatlich, eine einmalige Wöchnerinnenbeihilfe von 10000 Dinar, ob das Kind ehelich ist oder nicht spielt keine Rolle und jede Mutter hat den Anspruch auf eine sechswöchige Erholung auf Staatskosten nach der Geburt eines Kindes. Daß die Ehrenpatenschaften vom sechsten Kind ab gang und gäbe sind und Tito an ihnen stark beteiligt ist, sei nur am Rande vermerkt. Die aktive Bevölkerungspolitik ist damit deutlich gekennzeichnet. Die Gewerkschaften sehen dieser Entwicklung nicht ohne Sorgen für die Zukunft entgegen, wiewohl ihre Mitglieder zunächst davon profitieren.

In den Hotels begegneten wir häufig Arbeitern und Angestellten, die in landschaftlich anziehenden Gegenden ihren Jahresurlaub verbringen. Sie genießen Ermäßigungen bis zu 70 Prozent und zahlen etwa ein Zehntel für die Benutzung der Transportmittel während des Urlaubs.

Ist Jugoslawien eine Diktatur ?

Die führenden Männer Jugoslawiens verneinten diese von uns gestellte Frage mit dialektischem Geschick. Sie verwiesen auf die "Volksfront", auf die Kammern, die aus den letzten Wahlen hervorgingen und bei der jeder Wähler die Möglichkeit hatte, für oder gegen Kandidaten zu stimmen, die in freier Wahl in den Organisationen der Volksfront aufgestellt worden sind. 97 Prozent der Wähler haben sich für diese Kandidaten entschieden. Die KP bildet die Spitze und Kefeh der Volksfront, wenn sie auch, wie uns in den Betrieben immer wieder versichert wurde, nur etwa zehn Prozent der Mitglieder der Gewerkschaften hat, die 98 Prozent aller Werktätigen umfassen.

Das Bild Titos hängt in jedem Zimmer, in jedem Saal, in jedem Werkraum und der rote Stern mit Hammer und Sichel prangt über jedem Werkseingang, über jedem Hotel, über jeder Unternehmung. In dem meist gesungenen Huldigungslied für Tito heißt es beispielsweise "Genosse Tito, du weiße Blume, dich liebt die ganze Jugend, wir schwören, von deinem Wege nie zu weichen". Tito ist zum Volkshelden der Partisanen als kämpfender Führer in vielen Schlachten erhoben worden. Selbst seine Gegner respektieren ihn, wenn auch sein Luxus zeitweilig mit einigem Grollen vermerkt wird. Ein ganzer Legendenkranz hat sich um ihn gebildet. Seine Nachfolge ist so problematisch

wie die aller Führer autoritärer Staaten.

Indessen arbeitet Jugoslawien und opfert große Teile seiner Arbeitswertes für den Ausbau der Verkehrsnetze, die Schaffung neuer Industrien, die Stärkung der Armee, für kulturelle Aufgaben, und hier besonders für die Schulen des Landes. Die passive Resistenz, die im Raum Jugoslawiens infolge der langen nationalen und sozialen Unterdrückung zur Volksnatur wurde, soll der aktiven Anteilnahme weichen.

Junge Menschen an führenden Stellen

Sehr junge Menschen haben wir oft an verantwortlichen Stellen angetroffen und wo wir alte fanden, waren stets junge neben ihnen. Es läßt sich in Jugoslawien gut diskutieren, denn die Menschen zeigen oft eine geradezu überraschende Ruhe und Geduld im Anhören anderer Ansichten, denen sie dann ebenso geschickt die ihren gegenüberstellen. Sie haben ein waches Interesse für alle Vorgänge in anderen Ländern. Dabei ist zu beobachten, daß sie nach Abwendung von Rußland den eigenen Weg kritisch überlegen und ihn neu philosophisch zu begründen suchen.

Die KP Jugoslawiens ist sich darüber klar, daß sie auf die Dauer nicht in der ideologischen Autarkie verweilen kann. Zunächst versuchen die Gewerkschaften internationale Grundlagen der Annäherung an den Westen zu schaffen. Eines ist sicher, von Jugoslawien im Augenblick zu verlangen, sich der westlichen Demokratie zu bedienen, ihre Formen von heute auf morgen zu übernehmen, hieße der Demokratie Europas einen schlechten Dienst erweisen. Zwar ist der Prozentsatz der Analphabeten beträchtlich zurückgegangen, aber er ist noch besonders in rückschrittlichen Teilen des Landes so erheblich, daß die Demokratie, die Lesen und Schreiben bei jedem Wähler voraussetzt, problematischer Natur sein würde.

Jugoslawien hat nach großen Leiden und bitteren Enttäuschungen einen eigenen Weg gesucht. Wie jedes Volk, das sozialistische Methoden zur Bildung einer neuen Gesellschaft anwenden will, stößt es auf erhebliche innere und äußere Schwierigkeiten. Es ist auf dem Wege der Selbstbesinnung und Selbstbehauptung innerhalb einer europäischen Völkergemeinschaft und hat aufgrund seiner Haltung in den letzten vier Jahren Anspruch auf Sympathie, auf weitgehendes Verständnis für die eigene Situation.

+ + +

Über die Rathäuser wollte die SRP wiedererstehen

-dt, Hannover

Die niedersächsische Kriminalpolizei musste in diesen Tagen Überstunden leisten, um in letzter Minute eine Wiederkehr der verbotenen SRP in den Gemeindeparlamenten zu verhindern. Es war ein Wettlauf mit der Zeit, den Innenminister Borowski's gut eingespielter Polizeiapparat gewann. Bis zum 28. Oktober mussten die örtlichen Wahlausschüsse in ganz Niedersachsen die für die Kommunalwahlen eingereichten Wahlvorschläge annehmen oder ablehnen. Darunter befanden sich in jedem grösseren Kommunalverband in letzter Minute eingereichte Vorschläge, die sich harmlos "Nationale Wählergemeinschaft", "Unabhängiger Wahlblock", und ähnlich nannten. Zwischen harmlose oder harmlos scheinende, politisch zunächst nicht belastete Kandidaten waren geschickt ehemalige SRP-Männer gemischt.

Am 23. Oktober erging das Urteil von Karlsruhe, das die SRP samt Nachfolgeorganisationen verbot. Binnen fünf Tagen sollten also die Wahlausschüsse entscheiden, welche von den vielen "nationalen", "kommunalpolitischen" oder "unabhängigen" Wählergemeinschaften Nachfolgeorganisation der SRP ist - ein schwieriges Unterfangen, wenn man die manchmal heiklen politischen Verzahnungen bedenkt, die sich im örtlichen Bereich ergeben und wenn der politische Egoismus in Konkurrenz gesetzt wird zum demokratischen Gewissen. Um diese Gewissenserforschung zu erleichtern, verlängerte Borowski den Stichtag für die Wahlausschüsse bis zum 31. Oktober.

Das Karlsruher Urteil erlaubte dem Innenminister zugleich, von sich aus die vielen Wählergemeinschaften unter die Lupe zu nehmen. Alsbald stiess man auf einen einheitlichen Plan und zwei Ausstrahlungszentren - Lüneburg und Braunschweig - und griff zu. In 400 Haussuchungen, schlagartig im ganzen Land durchgeführt, wurde soviel Material gefunden, dass das Innenministerium eine Liste anfertigen konnte, die 57 einwandfreie Nachfolgeorganisationen enthielt. Die Liste wurde auf dem schnellsten Wege über die Regierungspräsidenten den einzelnen Wahlausschüssen zugeleitet. Inzwischen hatte eine Besprechung in Karlsruhe über die Interpretation der Urteilsbegründung ergeben, dass der Innenminister in Vollzug des Karlsruher

Urteils das Recht hat, die Nichtigkeit eines Wahlvorschlages festzustellen, auch wenn der Wahlausschuss anders entschieden hatte. Das gab einigen Wahlausschüssen, die Borowskis "Warnliste" mit den 57 Nachfolgeorganisationen nicht ernst genommen hatten, Gelegenheit, ihr Gewissen nochmals zu erforschen...

Wes Geistes Kind die harmlosen Wählergemeinschaften waren, zeigt das Beispiel Hannover. Hier ging es um die "Nationale Wählergemeinschaft (NWG)", für deren Zulassung sich im Wahlausschuss die Vertreter der DP und CDU einsetzten. In einem Schreiben an einen NWG-Funktionär lieferte der bisherige SRP-Abgeordnete Flegel den Wahl-Slogan: "N(ationalsozialisten) w(erden g(ewählt))". Am Verbotabend, als die NWG trotz allem ihre Wählerversammlung durchführen wollte, sangen die Teilnehmer vor der einschreitenden Polizei: "die Juden ziehen dahin, daher..."

Das vorgefundene Material wird nun gesiebt und von den Staatsanwaltschaften dahingehend geprüft, ob es zu einer Anklage wegen eines Verstosses gegen das Urteil von Karlsruhe ausreicht. In Braunschweig ist bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In den meisten Fällen werden allerdings die Initiatoren der Nachfolgeorganisationen einwenden können, dass sie ihren "unabhängigen Wahlblock" aufzogen, ehe das Urteil von Karlsruhe bekannt war. Dennoch waren manche organisatorischen Anweisungen so plump, dass der Selbstaufhebungsbeschluss der SRP vom 12. September auch dem harmlosesten Betrachter als das erscheint, was er von vornherein war: als die Voraussetzung für die Tarnung.

Nach dem Karlsruher Urteil kann der Innenminister nur dort einschreiten, wo mehrere ehemalige SRP-Männer auf einer Kandidatenliste zu finden sind. Dort, wo von einer bereits bestehenden Partei als Zugpferd für die politisch heimatlos gewordenen SRP-Anhänger mitten unter den eigenen Kandidaten nur ein SRP-Mann auftaucht, kann der Innenminister nichts ausrichten. Es liegt noch keine geschlossene Übersicht vor, in welchem Umfang das geschehen ist, doch steht zu erwarten, dass bestimmte Parteien, die auf Parteitage behaupten: "rechte von uns gibt es nichts mehr" von dieser Chance ausführlich Gebrauch machen werden. Der Mantel, unter dem das geschieht, heisst dann "konservative Erneuerung".

Die erste Etappe der Kapitalmarktförderung

HM. Die viel erörterte Kapitalmarktförderung ist nun endgültig vom Bundestag beschlossen worden. Nach der am Donnerstag erfolgten zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfes zur Förderung des Kapitalmarktes durch steuerliche Begünstigung festverzinslicher Wertpapiere wird man allerdings mit der Verwirklichung noch bis zum Beginn des nächsten Jahres warten müssen; aber auch dann ist kein grosser Erfolg zu erwarten, da man auf eine wirkliche Kapitalmarktreform verzichtet hat.

Wer die riesigen Anforderungen übersieht, die an den noch gar nicht existierenden Kapitalmarkt gestellt werden, muss geradezu erschrecken. Neben der Lastenausgleichsanleihe ^{sollte eine Bundesanleihe} /aufgelegt werden. Die Energiewirtschaft, Wohnungsbau und andere melden einen enormen Kapitalbedarf an. Woher diese Milliardenbeträge auf einmal kommen sollen, ist völlig schleierhaft. Die steuerbegünstigte innerbetriebliche Kapitalbildung einerseits und die andererseits ausserordentlich hohe Steuerbelastung eines Teiles der Einkommensbezieher machen eine Kapitalbildung nur in begrenztem Umfang möglich. Begünstigt man nun neuerdings einen bestimmten Teil der Einkommensbezieher, so ist damit zwangsläufig für den anderen Teil eine stärkere Belastung verbunden.

Nach den nun beschlossenen Kapitalmarktförderungsgesetzen werden die Kapitalgesellschaften jetzt in die Lage versetzt, höhere Dividende und Gewinnbeteiligungen auszuschütten. Auch für den Wertpapiersparer sind Vergünstigungen vorgesehen, die in der Steuerfreiheit für die Erträge aus allen Sozialpfandbriefen liegen. Bei denjenigen festverzinslichen Wertpapieren, deren Zinssatz höher als 5 bzw. 5 1/2 Prozent ist, wird die Kapitalertragssteuer in Zukunft nur noch 30 Prozent, anstatt bisher 60 Prozent betragen. Hier sind bestimmte Kreise einseitig begünstigt worden. Für den Durchschnittssparer, d.h. für den Buchsparer wurde nichts getan.

Dass trotzdem heute schon wieder 6 Milliarden * Spareinlagen eine bedeutungsvolle Stütze des westdeutschen Kapitalmarktes darstellen, ist erstaunlich, denn nicht einmal das durch die Währungsreform den westdeutschen Sparern zugefügte Unrecht ist gemildert, geschweige denn beseitigt worden. Auch heute besteht über das Ausmass der Altsparerentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs noch völlige Ungewissheit. Ebenso unsicher ist es, ob das geplante Prämienspargesetz tatsächlich verwirklicht wird. Schon jetzt haben sich gegen diesen Entwurf wachsende Widerstände bemerkbar gemacht.

+ + +

- 9 -

EVG-Begeisterung mit Vorbehalt

(sp) Den Vorstoß, den in der letzten Bundestagssitzung der CDU-Abgeordnete Dr. Krone mit seinem Verlangen nach einer raschen Verabschiedung der Verträge in der letzten Novemberwoche machte, war wohl von dem Wunsch geleitet, die widerstrebenden Kräfte innerhalb der Koalition wieder fest an den Regierungskarren zu binden. Je länger die Ratifizierung hinausgezögert wird, umso geringer werden die Aussichten, daß sich in diesem Bundestag noch eine Mehrheit für die Annahme der Vertragswerke findet, die der Bedeutung des Vorganges entspricht. Die Gewissensnot vieler Abgeordneter auch innerhalb der Regierungsparteien wirkte sich bisher als ein verzögernder Faktor aus; die Entscheidung, die sie zu fällen haben, betrifft ja das Schicksal der jetzigen und künftigen Generationen.

Die Bundesregierung jedoch hat es sehr eilig - sie kann auf Gewissensnöte keine Rücksicht nehmen. Über den Vertragswerken hängt die Ungewißheit der noch in diesem Jahre fälligen Entscheidung des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes, das ja darüber zu befinden hat, ob der gegenwärtige Bundestag berechtigt ist, den deutschen Wehrbeitrag mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Der Kanzler möchte sich offenbar eine politische Niederlage ersparen, der er dann ausgesetzt ist, wenn die Entscheidung von Karlsruhe im Sinne der Opposition ausfallen sollte. In diesem Falle schwänden für den Kanzler alle Aussichten, im Bundestag eine Mehrheit für die Ratifizierung zu bekommen.

Noch ein anderes kommt hinzu. Die Idee von der Europa-Armee hat in den letzten Monaten in den beteiligten Ländern an Anziehungskraft verloren. Ein Blick allein auf Frankreich beweist es. Aber auch in den angelsächsischen Ländern ist man über die Nützlichkeit des EVG-Vertrages skeptischer geworden. Einflußreiche Politiker des Westens machen sich heute schon darüber Gedanken, was zu geschehen hat, wenn die vorgesehenen Westverträge von den beteiligten Ländern nicht akzeptiert würden.

Die Vereinigten Staaten sind am EVG-Vertrag nur insoweit interessiert, als sie durch ihn die gewünschten deutschen Divisionen für die Verteidigung Westeuropas bekommen können. Dieser Wunsch und dieses Interesse bleiben unabhängig davon, ob der EVG-Vertrag Wirklichkeit wird oder nicht. Es gibt heute sehr starke Strömungen in der amerika-

nischen Politik, die für ein direktes deutsch-amerikanisches Bündnis plädieren, wenn die Integrationspläne scheitern sollten. Dieser Wunsch nach deutschen Divisionen fällt zusammen mit den machtpolitischen Vorstellungen einflussreicher Kreise innerhalb der Bundesregierung, die um jeden Preis erst einmal überhaupt in den Besitz eines militärischen Machtinstrumentes kommen wollen.

Eine deutsche Armee, ob nun integriert in einer Europa-Armee oder als selbständige Truppe, werde, so glauben viele Aufrüstungsapostel, für alle Fälle auch ein politischer Machtfaktor sein. Bevor man aber diese Stufe erreicht, müsse sozusagen eine reinliche Visitenkarte abgegeben werden und zwar durch den Washington erbrachten Nachweis, dass die Bundesregierung ja alles getan habe, um ein vereinigtes Europa entstehen zu lassen, aber andere Länder nicht mit der gleichen Schwungkraft folgen wollten.

So gesehen wird das Drängen nach baldiger Ratifizierung verständlich. Es sind gefährliche Gedankengänge und Motive, die hier als bewusste oder unbewusste Triebkraft mitsprechen. Diese Art von Machtpolitik hat sich immer wieder in der deutschen Geschichte unheilvoll ausgewirkt. Auch in ihrer neuen Form, die sich jetzt anzubahnen scheint, birgt sie neues Verderben.

+ + +

Christian Wittrock 70 Jahre alt

In Kassel vollendete Christian Wittrock, Mitglied der Kontrollkommission der SPD, am 2. November sein 70. Lebensjahr. Seit über 50 Jahren steht er im Dienst der modernen Arbeiterbewegung. Vor 1933 war er Stadtrat in Kassel, Mitglied des hessischen Provinzialtages und des preußischen Staatsrates, dann Stadtverordneter und Verwaltungsdirektor der Vereinigten Ortskrankenkassen in Kassel. Der berühmte Roland Freisler nahm sich seiner besonders liebevoll an, den größten Teil der Zeit bis 1945 war Wittrock in Haft, bis er nach dem Zusammenbruch des Naziregimes im Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin in Freiheit gesetzt wurde.

Mit voller Kraft widmete sich Christian Wittrock sofort wieder der politischen Arbeit. Als Bezirksvorsitzender der SPD in Hessen-Nord, als Mitglied der hessischen Verfassungsgebenden Versammlung, als Vorsitzender des überparteilichen Ausschusses bei der Stadtverwaltung Kassel und in vielen anderen Ämtern hat er damals die ersten Anfänge der neuen Demokratie entscheidend gefördert. Nach der ersten Gemeindewahl wählte ihn die Kasseler Stadtverordnetenversammlung zu ihrem Vorsteher, ein Amt, das er bis auf den heutigen Tag mit allgemein anerkannter Sicherheit und Umsicht verwaltet. Dem hessischen Landtag gehört Christian Wittrock seit Dezember 1946 an, und zwar seit dem Frühjahr 1951 als Vizepräsident. Seine besondere Neigung gehört dem Bereich der Sozialversicherung. - Christian Wittrock ist bis in sein hohes Alter ein schlichter, zurückhaltender und warmerherziger Mann geblieben. Der SPD-Bezirksverband Nordhessen und mit ihm die ganze Partei wünschen ihm und sich noch eine lange Zeit erfolgreicher, gemeinschaftlicher Arbeit.

Verantwortlich: Peter Raunau